

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Inhaltsverzeichnis

- |    |   |    |   |
|----|---|----|---|
| 02 | TOP-THEMA: Bundestag stimmt weiteren Griechenland-Hilfen zu | 10 | Koalitionsantrag zum 5. Nationalen Bildungsbericht verabschiedet          |
| 03 | Schuldenragfähigkeit Portugals verbessern                   | 11 | Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche verbessert              |
| 03 | Kleinanleger besser schützen                                | 11 | Ghetto-Renten auch in Polen auszahlen                                     |
| 04 | Kampf gegen den Terror wird verstärkt                       | 12 | Meldeverfahren in der sozialen Sicherung vereinfachen                     |
| 04 | Bürokratie bei Rechnungslegung abbauen                      | 13 | Pille danach rezeptfrei   |
| 05 | Debatte um die Pkw-Maut                                     | 13 | Ergebnisse des Koalitionsausschusses                                      |
| 07 | Lkw-Maut soll ausgedehnt werden                             | 15 | SPD-Fraktion feiert Internationalen Frauentag 2015                        |
| 07 | Ausbildungsmission in Mali verlängert                       | 16 | SPD-Freihandelskonferenz: Gabriel schlägt Handelsgerichtshof für TTIP vor |
| 08 | Die Bundeswehr muss attraktiver werden                      | 18 | Thomas Oppermann in Kanada  |
| 09 | Neue Agenda für globale nachhaltige Entwicklung             |    |   |

---

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARIA MUSSOTTER

**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 27.02.2015 12.00 UHR

**TOP-THEMA**

## **Bundestag stimmt weiteren Griechenland-Hilfen zu – Programm wird verlängert**

Am Freitagmorgen hat das Parlament mit großer Mehrheit der Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland zugestimmt (Drs. 18/4079, 18/4093).

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte: "Wir wollen, dass es jetzt zu einer Verlängerung der Hilfen für Griechenland um vier Monate kommt". Die griechische Regierung sei aber auch gefordert, die Konditionen einzuhalten und die neuen Reformvorschläge so auszuarbeiten und zu präzisieren, dass sie auch funktionieren. Korruption, Klientelismus und Vetternwirtschaft müssten beseitigt werden. "Die griechische Regierung muss jetzt liefern", so Oppermann.

Carsten Schneider, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte in der Debatte am Freitagmorgen, dass es wichtig und richtig sei, dass der Bundestag sich bei seinen Entscheidungen nicht von Rhetorik leiten lasse. Damit spielte er auf Äußerungen der neuen griechischen Regierung an. "Ein wiedererstarktes Griechenland wird es nur im Euro geben", bekräftigte Schneider.

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs ergänzte, wenn wir ein gemeinsames Europa wollen, dann müssten die Stärkeren auch die Schwächeren unterstützen. Griechenland müsse nun eine vernünftige Bürokratie aufbauen.

Auch Axel Schneider, SPD-Fraktionsvize, appellierte an den Gemeinsinn und sagte, der Bundestag dürfe sich keiner Kampagne gegen andere Länder anschließen. Kritik sei natürlich erlaubt, aber eben auf solidarische Weise. Es gebe in Europa "kein deutsches Diktat".

### **Vernunft hat sich durchgesetzt**

Nach schwierigen Verhandlungen hatte sich die Eurogruppe darauf verständigt, wie das Programm für Griechenland fortgesetzt werden kann.

Das am 28. Februar auslaufende Programm soll wie im Dezember erneut verlängert werden mit dem Ziel, die letzte Programmüberprüfung erfolgreich abzuschließen. Die innerhalb der vereinbarten Programmbedingungen bestehende Flexibilität soll bestmöglich genutzt werden. Wie, das wird gemeinsam erörtert von der griechischen Regierung und den „Institutionen“, die bislang als Troika bezeichnet wurden: Europäische Kommission (KOM), Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF). Die nun viermonatige Verlängerung soll zudem genutzt werden für Beratungen über ein mögliches Nachfolgeprogramm.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion bedeutet das: Die Vernunft hat sich vorerst durchgesetzt. Die von Syriza angeführte neue griechische Regierung hat eingesehen, dass die Unterstützung der europäischen Partner an Bedingungen geknüpft war und dass es ohne diese Bedingungen keine weitere Unterstützung geben kann. Dadurch ist der Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone vorerst vermieden, den einige in Deutschland leichtfertig herbeireden und -schreiben wollten. Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war das nie eine anzustrebende Option. Die Kosten für die deutschen Steuerzahler wären immens hoch, die politischen Folgen für die gesamte EU nicht absehbar.

### **Bundestag stimmt per Beschluss zu**

Die Bundesregierung hatte für die Verlängerung die Zustimmung des Bundestages beantragt, schließlich hat der Bundestag seine haushaltspolitische Gesamtverantwortung wahrzunehmen (Antrag: „Finanzhilfen zugunsten Griechenlands. Verlängerung der Stabilitätshilfe“).

Griechenland wird auf längere Zeit auf die Unterstützung seiner europäischen Partner angewiesen sein. Die Eurogruppe hat schon im November 2012 bei positiver Programmumsetzung zusätzliche Unterstützung in Aussicht gestellt – z. B. bei der Kofinanzierung von EU-Strukturfonds – und jetzt wieder an diese Zusage erinnert. Die Gegenleistung, die alle von den Griechen erwarten, besteht darin, dass sie den begonnenen Reformprozess fortsetzen und vertiefen, gemeinsam mit den europäischen Partnern und eng begleitet von den Institutionen – unter welchem Namen auch immer.

Mit den Hilfskrediten wurde und wird vor allem Zeit gewonnen, um die dringend notwendigen Reformen durchführen zu können. Dazu gehören zum Beispiel die Etablierung einer effizienten Steuerverwaltung und eines funktionierenden Grundbuchwesens, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Deregulierung verkrusteter Strukturen, etwa im Energiesektor.

Für die SPD-Bundestagsfraktion war immer klar, dass die Krisenländer allein durch Sparpakete und Daumenschrauben nicht vorankommen. Während andere damit hausierten, dass man an den Hilfskrediten sogar noch verdiene, haben die Sozialdemokratinnen und -demokraten nie einen Zweifel daran gelassen, dass die europäische Einigung im deutschen Interesse ist und dass Deutschland mehr als jedes andere Land der Eurozone von unserer Gemeinschaftswährung profitiert.

## FINANZEN

### Schuldentragfähigkeit Portugals verbessern

Mit einem Antrag des Bundesfinanzministeriums soll die Bundesregierung ermächtigt werden, im Direktorium der EFSF einem Beschlussvorschlag zuzustimmen, der Portugal die vorzeitige Tilgung der IWF-Forderungen ermöglicht. Der Bundestag hat dem Antrag am Donnerstagnachmittag einstimmig zugestimmt (Drs. 18/4030).

Zwischen 2011 und 2013 hatte Portugal von der EU, ihren Mitgliedstaaten und dem IWF insgesamt rund 79 Milliarden Euro an Hilfen erhalten. Ursprünglich war vereinbart worden, dass die Forderungen der öffentlichen Gläubiger parallel und proportional getilgt werden.

Portugal beabsichtigt nun, dem IWF vorzeitig einen Teil seiner Finanzhilfen zurückzuzahlen. Denn im Vergleich zu den mit dem IWF vereinbarten Konditionen kann es sich inzwischen günstiger am Kapitalmarkt refinanzieren. Eine vorzeitige teilweise Tilgung seiner Verbindlichkeiten beim IWF würde deshalb die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Portugals verbessern.

### Kleinanleger besser schützen

In jüngster Zeit haben Anleger durch Investitionen in Vermögensanlagen des nur eingeschränkt regulierten „Grauen Kapitalmarkts“ erhebliche Verluste erlitten. Der „Graue Kapitalmarkt“ ist derjenige Teil der Finanzmärkte, der nicht wie der „Weiße Kapitalmarkt“ der staatlichen Finanzaufsicht oder ähnlichen Regulierungen unterliegt, aber noch nicht illegal wie der „Schwarze Kapitalmarkt“ erlaubnispflichtige Geschäfte ohne Genehmigung der Regulierungsbehörde betreibt. Die Angebote des „Grauen Kapitalmarktes“ werden über alle in Betracht kommenden üblichen Vertriebswege angeworben: postalische Prospektwerbung, Telefonwerbung, Anzeigenwerbung, E-Mail-Werbung, Fax-Werbung etc.

Die Bundesregierung hat nun einen Gesetzentwurf zum Schutz von Kleinanlegern vorgelegt, den der Bundestag am Freitag erstmals debattiert hat (Drs. 18/3994).

Damit werden die Anforderungen an die Anbieter und Vermittler von Vermögensanlagen verschärft: Sie müssen mehr, bessere und aktuellere Informationen in ihren Prospekten veröffentlichen. Wer gegen diese Informationspflichten verstößt, dem droht im Extremfall auch ein Vertriebsverbot der betroffenen Vermögensanlage. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kann künftig die von ihr getroffenen Sanktionen auf ihrer Internetseite veröffentlichen. Verbraucherinnen und Verbraucher werden so frühzeitig vor unseriösen Angeboten gewarnt. Von den Änderungen nicht betroffen sind Aktien, Rentenpapiere und Investmentfonds.

Anlegerinnen und Anleger dürfen auch nicht durch trügerische Werbung zu Opfern von Renditeversprechen unseriöser Anbieter werden. Die Vorlage sieht daher auch vor, Werbung für Graumarktprodukte zu beschränken. Künftig ist die Werbung für Vermögensanlagen im öffentlichen Raum wie zum Beispiel in Bussen und Bahnen oder auf Plakaten nicht mehr zulässig. Werbung in den Medien muss von nun an mit einem deutlichen Warnhinweis auf die Verlustrisiken versehen sein.

## INNERE SICHERHEIT

### **Kampf gegen den Terror wird verstärkt**

Künftig soll sich strafbar machen, wer eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet, indem er versucht, aus der Bundesrepublik Deutschland in ein Krisengebiet auszureisen, um sich dort in ein terroristisches Ausbildungslager zu begeben oder sich an Anschlägen oder bewaffneten Kämpfen zu beteiligen.

Ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, der am Freitag in 1. Lesung im Bundestag beraten wurde, soll zum einen die Resolution 2178 („Foreign Terrorist Fighters“) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom September 2014 umsetzen. Die Resolution enthält strafrechtliche Regelungen, nach denen u. a. das Reisen und der Versuch des Reisens in terroristischer Absicht, die Finanzierung derartiger Reisen sowie die vorsätzliche Organisation oder sonstige Erleichterung derartiger Reisen unter Strafe zu stellen sind (Drs. 18/4087).

Der Gesetzentwurf schafft des Weiteren einen eigenständigen Tatbestand der Terrorismusfinanzierung. Er stellt sicher, dass alle Formen der Terrorismusfinanzierung nunmehr einheitlich unter Strafe gestellt werden. Die neue Regelung erfasst darum die Finanzierung eines Katalogs terroristischer Straftaten in Anlehnung an den Katalog des § 129a Strafgesetzbuch. Die Regelung soll künftig auch für geringwertige Vermögenszuwendungen gelten. Der Strafrahmen beträgt sechs Monate bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe; bei geringwertigen Beträgen drei Monate bis fünf Jahre. Ferner ist eine Minderung des Strafrahmens für Fälle geringer Schuld vorgesehen.

## RECHTSPOLITIK

### **Bürokratie bei Rechnungslegung abbauen**

Die europäische Bilanzrichtlinie muss bis 20. Juli 2015 in nationales Recht umgesetzt werden. Das soll mit einem Gesetzentwurf, am Freitagmittag in 1. Lesung beraten, fristgerecht erfolgen (Drs. 18/4050).

Die europäische Bilanzrichtlinie sieht eine weitere Harmonisierung des Rechtsrahmens der Rechnungslegung im europäischen Binnenmarkt vor. Mit der Bilanzrichtlinie soll insbesondere

die bürokratische Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen verringert werden. Kleine Kapitalgesellschaften müssen zum Beispiel ihren Jahresabschluss – anders als mittelgroße Kapitalgesellschaften – nicht extern von einem Wirtschaftsprüfer prüfen lassen. Sie müssen auch weniger offenlegen.

Zudem soll durch höhere Transparenzanforderungen für Unternehmen der Rohstoffindustrie und der Primarforstwirtschaft hinsichtlich der Zahlungen an staatliche Stellen Korruption eingedämmt werden.

## VERKEHR

### **Infrastrukturabgabe und Kfz-Steuersenkung erstmalig beraten**

Am 26. Februar 2015 hat das Parlament in 1. Lesung zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Einführung einer Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) auf Bundesfernstraßen sowie zur Anpassung des Verkehrssteueränderungsgesetzes beraten. Letzteres sieht die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer (Kfz-Steuer) vor.

Folgendes steht zur Einführung einer Pkw-Maut in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU: „Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfolgen.“

Es handelt sich hierbei um die Bedingungen, unter denen eine Zustimmung für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Maut-Idee der Konservativen möglich sein könnte.

Damit die Pkw-Maut Autofahrerinnen und Autofahrer, deren Fahrzeuge in Deutschland zugelassen sind, nicht zusätzlich belastet, soll die Kfz-Steuer gesenkt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Sören Bartol, stellte in der Bundestagsdebatte noch einmal klar, dass die Pkw-Maut nicht im Fokus der Verkehrspolitik der Großen Koalition stehe.

Beim verkehrspolitischen Ziel sei man sich dahingehend einig, dass es einen Wechsel von einer hauptsächlich aus Steuermitteln finanzierten Verkehrsinfrastruktur hin zu einer nutzerorientierten Finanzierung geben solle. Damit soll diese unabhängiger vom Bundeshaushalt, und es sollen mehr Investitionsmittel gewonnen werden. Dadurch sollen jahresübergreifend mehr Mittel zur Verfügung stehen.

#### **Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen**

Bei diesem Wechsel nehme die SPD-Bundestagsfraktion „die Befürchtungen der deutschen Bevölkerung“, dass das Autofahren auf Autobahnen und Bundesstraßen für sie in Zukunft teurer werde, „sehr ernst“. Deshalb habe die SPD-Bundestagsfraktion auch die Voraussetzungen für die Zustimmung zur Einführung einer Pkw-Maut folgendermaßen definiert:

- Zusätzliche Einnahmen über eine Maut sollen nur dann erzielt werden, wenn die inländischen Autofahrerinnen und -fahrer nicht zusätzlich belastet werden.

- Die Einnahmen müssen so ausfallen, dass sie den technischen und bürokratischen Aufwand rechtfertigen. Deshalb muss die Pkw-Maut dauerhaft mindestens 2 Milliarden Euro einbringen.
- Die Erlöse müssen in die Verkehrsinfrastruktur des gesamten Bundesgebietes und vor allem in Schwerpunktaufgaben fließen.
- Die Sanierung der Straßeninfrastruktur hat Vorrang vor Neubauprojekten, damit Stauunkte und -strecken aufgelöst sowie der ländliche Raum besser an die Verkehrsnetze angebunden werden. Das ist besser für die Umwelt und alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Straßenverkehr.
- Die Pkw-Maut muss gemäß der guten Nachbarschaft in Europa mit dem EU-Recht in Einklang stehen.

Bartol sagte zu, dass die SPD-Fraktion alle Gutachten und Rechtsauskünfte aus dem Verkehrsministerium auf ihre „Plausibilität“ hin prüfen werde.

Außerdem gehe es der SPD-Bundestagsfraktion um die transparente Verwendung der Einnahmen aus der Pkw-Maut, unterstrich die verkehrspolitische Sprecherin Kirsten Lühmann. Dies verbessere auch die Fähigkeit des Parlaments, den Prozess des Finanzierungswechsels verantwortlich zu steuern. Ebenso werde es darauf ankommen, „Ruhe und Sorgfalt“ bei der Prüfung der Verkehrsströme sowie der Verkehrszählung walten zu lassen.

Des Weiteren müsse ausgeschlossen werden, dass die Autofahrerinnen und -fahrer nicht massenhaft auf Bundesstraßen ausweichen und dort die Lärm- und Abgasbelastungen erhöhen. Und der Datenschutz bei der Erhebung der Abgabe müsse gewährleistet sein, damit die Nutzung der Autobahnen ausschließlich zum Zwecke der Erhebung der Steuer überwacht und gespeichert werde.

#### **Prognose des Verkehrsministeriums hinterfragen**

Andreas Schwarz, zuständiger SPD-Berichterstatter im Finanzausschuss des Bundestages, regte an, die Evaluation des so genannten Erfüllungsaufwandes (Kosten für Technik, Logistik und Personal) anders als im Regierungsentwurf schon ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes durchzuführen und nicht erst 2018.

Er hinterfragte in der Debatte auch die vom Verkehrsministerium veranlasste Prognose hinsichtlich des geplanten „Sorgetelefons“. Denn laut Verkehrsministerium würden die Telefonate zu Fragen und Problemen mit der Maut-Umsetzung im Durchschnitt maximal fünf Minuten dauern – was angesichts der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Zoll und der Störanfälligkeit von Softwareentwicklungen realitätsfern sei. Deshalb begrüße er die Entscheidung mit seinem Kollegen aus der Union, zur Anhörung eine Expertin oder einen Experten aus der Zollgewerkschaft einzuladen.

Durch die Zustimmung der Sozialdemokraten die Einführung einer PKW-Maut auf Autobahnen unter Einhaltung der genannten Bedingungen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, sei es im Gegenzug gelungen, dort auch Folgendes zu vereinbaren: den Mindestlohn, die Mietpreisbremse, die Frauenquote, eine bessere Gleichstellung von Männern und Frauen, die frühere abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren sowie die Ordnung des Arbeitsmarktes unter anderem durch die Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit sowie von Werkverträgen, sagte Sebastian Hartmann, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuss.

Kern der Verkehrspolitik der Großen Koalition sei der Paradigmenwechsel in der Verkehrsinfrastrukturplanung, ihrer Finanzierung sowie ihrer ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit.

## Lkw-Maut soll ausgedehnt werden

Die Lkw-Maut soll künftig auf weitere Straßen und auf Fahrzeuge mit einem geringeren Gewicht ausgedehnt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Koalition ist am Donnerstagabend erstmalig im Bundestag beraten worden.

Derzeit wird auf ca. 12.800 km Bundesautobahnen und ca. 1200 km Bundesstraßen eine Lkw-Maut erhoben. Die Mautpflicht besteht für Fahrzeuge ab einem zulässigen Gesamtgewicht von 12 Tonnen. Die Lkw-Maut wird alle vier Jahre auf Grundlage eines sogenannten Wegekostengutachtens berechnet. Die Mauthöhe muss sich nach Maßgabe der einschlägigen EU-Richtlinie an den tatsächlichen Wegekosten orientieren (EU-Richtlinie 1999/62/EG, zuletzt geändert durch Richtlinie 2011/76/EU). Zu den Wegekosten zählen insbesondere die Kosten für den Bau, Ausbau, Erhalt und Betrieb des bemautes Straßennetzes.

### Lkw-Maut für vierspurige Bundesstraßen und weitere Fahrzeugklassen

Aufgrund des neuen Wegekostengutachtens wurden zum 1. Januar 2015 die Mautsätze gesenkt. Mit einer Änderung des sogenannten Bundesfernstraßenmautgesetzes (Drs. 18/3923) wollen die Koalitionsfraktionen die Einnahmeausfälle in der LKW-Maut kompensieren. Dazu soll zum 1. Juli 2015 die Mautpflicht auf weitere ca. 1100 km vierspurige Bundesstraßen ausgedehnt werden. Außerdem sollen weitere Fahrzeugklassen mautpflichtig werden. Dafür wird zum 1. Oktober 2015 die Mautpflichtgrenze abgesenkt: von 12 Tonnen auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht.

Bei den Einnahmen setzt die Koalition weiterhin auf das Prinzip „Verkehr finanziert Verkehr“. Die Mautgebühren der Lastwagen werden eins zu eins wieder in die Verkehrswege investiert. „Unser Ziel bleibt es, ab 2018 die Lkw-Maut wie im Koalitionsvertrag vereinbart auf alle Bundesstraßen auszudehnen“, betonte der zuständige Berichterstatter Sebastian Hartmann.

## AUSSENPOLITIK

### Ausbildungsmission in Mali verlängert

Seit März 2013 ist Deutschland an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali in dem westafrikanischen Staat beteiligt. Eine Fortsetzung und Ausweitung der Mission hat der Deutsche Bundestag am 26. Februar beschlossen (Drs. 18/3836). Deutsche Streitkräfte sollen weiterhin an der Militärmission beteiligt sein – mit mehr Personal und mehr Verantwortung.

Seit einem Militärputsch Anfang des Jahres 2012 spitzte sich die Lage in Mali mehr und mehr zu. Islamistische Gruppen terrorisierten vor allem den Norden des westafrikanischen Landes, die Gewalt eskalierte. Auf Bitten der malischen Regierung hatten die EU-Mitgliedstaaten daher im Februar 2013 die Entsendung der militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali beschlossen. Das Mandat wurde bereits zweimal verlängert. Nun folgt eine weitere Verlängerung um 15 Monate für die deutsche Missionsbeteiligung.

Neben der EUTM Mali Mission ist die EU auch mit der zivilen EU Capacity Building Mission in Mali (EUCAP Sahel Mali) in dem Binnenstaat vertreten. Zudem setzt sich die UN-geführte MINUSMA Mission seit Juni 2013 für stabile Verhältnisse in Mali ein. Deutschland ist auch an diesen Missionen beteiligt.

Seit der militärischen Intervention der internationalen Gemeinschaft hat sich die humanitäre Lage des Landes zunehmend verbessert. Auch der politische Prozess, der für eine nachhaltige

Stabilisierung Malis notwendig ist, hat Fortschritte gemacht. Dennoch ist die Lage in der Sahelregion weiterhin unbeständig.

Trotz der ersten Fortschritte ist es bis zur endgültigen politischen Lösung noch ein langer und steiniger Weg. Die Stabilisierung der Region muss weiter vorangetrieben und der Aussöhnungsprozess zwischen den Konfliktparteien gefördert werden. Mit der Verlängerung der Ausbildungsmission EUTM wird weiterhin das Ziel verfolgt, dass die malische Regierung und das malische Militär künftig selbst für Stabilität und Sicherheit im Land sorgen können.

#### **Übernahme des Missionsvorsitzes**

Mali bildet einen Schwerpunkt des deutschen sicherheitspolitischen Engagements in Afrika. Deutschland gehört bereits jetzt zu den größten Truppenstellern von EUTM Mali. Zusätzlich zur Mandatsverlängerung soll auch die Mandatsobergrenze erhöht werden. Statt wie bisher maximal 250, können künftig bis zu 350 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Mali eingesetzt werden. Denn: Ab August dieses Jahres übernimmt Deutschland die Führung der Mission und wird sie bis zum derzeitigen Mandatsende im Mai 2016 leiten.

Die Aufgaben der deutschen Streitkräfte umfassen neben der Führung der Mission und der Ausbildung malischer Streitkräfte auch die Beratung des malischen Verteidigungsministeriums und Sanitätsdienste. Es handelt sich um eine reine Ausbildungsmission, Kampfeinsätze deutscher Soldatinnen und Soldaten wird es nicht geben. Einen weiteren Schwerpunkt des deutschen Engagements in Mali bilden die humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

## **VERTEIDIGUNGSPOLITIK**

### **Die Bundeswehr muss attraktiver werden**

Die Bundeswehr ist wichtige Arbeitgeberin in Deutschland. Um auch weiterhin im Konkurrenzkampf um qualifizierte Arbeitskräfte zu bestehen, hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beschlossen, der die Attraktivität des Bundeswehrdienstes steigert (Drs. 18/3697). Gezielte Maßnahmen werden in drei Teilbereichen umgesetzt: Arbeitszeiten, Vergütung und soziale Absicherung.

Zum einen werden Dienstzeiten flexibler und – wo immer dienstlich möglich – familienfreundlicher gestaltet. Auch die Beförderungsmöglichkeiten der niedrigen und mittleren Dienstgrade sollen verbessert werden. Das Familienleben ist häufig durch Auslandseinsätze und die Arbeitszeiten der Soldatinnen und Soldaten belastet. Deshalb wird eine Arbeitszeitregelung für Soldatinnen und Soldaten im Inland eingeführt. Mit einer 41-Stunden-Woche kann einerseits eine deutliche Reduzierung der Arbeitsbelastung erzielt werden. Auch wird damit eine bessere Planbarkeit der Freizeit und der Vereinbarkeit von Familie und Dienst angestrebt.

#### **Attraktivere Vergütung**

Neben der Arbeitszeit wird auch die Vergütung mit der Reform attraktiver. Der Wehrsold wird erhöht, und die Zulagen für besonders harte, schwere und risikoreiche Aufgaben steigen. Eine Erhöhung ist zudem auch für die soziale Absicherung für Soldatinnen und Soldaten geplant – unter anderem durch eine erweiterte Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung für Soldatinnen und Soldaten auf Zeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren für eine Verbesserung für die Beschäftigten der Bundeswehr ein. Das Gesetz folgt somit dem übergeordneten Ziel: gutes Geld für gute Arbeit.



## ENTWICKLUNGSPOLITIK

# Neue Agenda für globale nachhaltige Entwicklung

Am 26. Februar hat der Bundestag über die UN-Nachhaltigkeitsziele diskutiert. In einem gemeinsamen Antrag mit der Unionsfraktion fordert die SPD-Bundestagsfraktion, diese „Sustainable Development Goals“ strategisch anzugehen (18/4088). Nur so kann eine globale Nachhaltigkeit langfristig erreicht werden.

2015 ist das Stichjahr für globale nachhaltige Entwicklung. Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen vereinbart wurden, laufen aus. In den Entwicklungs- und Schwellenländern sind innerhalb der acht MDGs Verbesserungen erzielt worden. Doch viele globale Herausforderungen bestehen weiterhin oder haben sich zum Teil sogar verschärft. So leben immer noch mehr als 1 Milliarde Menschen in extremer Armut und sind von Hunger bedroht. Daher muss der bisherige Weg, der nur auf die zu entwickelnden Länder zielte, global verbindlich weiter verfolgt und vertieft werden.

### Sustainable Development Goals lösen Millenniumsentwicklungsziele ab

Im Juni 2012 verständigte sich die internationale Staatengemeinschaft auf der Rio+20-Konferenz darauf, dass die MDGs von „Sustainable Development Goals“ (SDGs) abgelöst werden sollen. Hierzu wurde eine „Open Working Group“ (OWG) eingesetzt. Im Juli letzten Jahres hat die OWG eine Post-2015-Entwicklungsagenda mit 17 SDGs und 169 Unterzielen vorgeschlagen, die universell anwendbar sind und für alle Länder gelten. Im Rahmen der anstehenden UN-Vollversammlung Ende September 2015 in New York sollen die SDGs verabschiedet werden.

Die SDGs beinhalten umfassend die soziale, wirtschaftliche und ökologische Dimension. Sie sollen Fortschritte in den Bereichen (Un-)Gleichheit, Wachstum und Beschäftigung, Energie und Klimawandel, nachhaltiger Konsum und Produktion sowie Frieden und Good Governance herbeiführen. Bundesministerin Barbara Hendricks betonte, dass heute und hier die Grundlagen geschaffen werden müssten, damit auch die kommende Generationen Wohlstand und Sicherheit erleben können. „Mit den vorgeschlagenen Nachhaltigkeitszielen können wir den globalen Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz spürbar voranbringen“, sagte Hendricks im Plenum weiter.

Die Agenda ist auf eine Entwicklung ausgerichtet, die extreme Armut und Hunger beseitigen und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren sowie nachhaltig nutzen soll. Zudem soll mit ökologisch verträglichem Wachstum menschenwürdige Beschäftigung, eine angemessene soziale Sicherung und ein faires Einkommen weltweit geschaffen werden. Auch Gesundheit, eine ausgewogene Ernährung, Achtung der Menschenrechte, gute Regierungsführung, gesellschaftliche Teilhabe, Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit sollen gefördert werden. Wichtig ist: Neue globale „Spielregeln“ für die internationale Zusammenarbeit im Rahmen einer globalen Partnerschaft sollen sicherstellen, dass alle Akteure für globale Herausforderungen gemeinsam Verantwortung übernehmen.

### Europäisches Jahr der Entwicklung

Mit dem europäischen Jahr der Entwicklung 2015 lässt sich das Bewusstsein für die SDGs und deren Erreichen in der europäischen Bevölkerung verankern. Globale nachhaltige Entwicklung geht alle an und hängt vom Handeln aller ab. Beispielsweise können Konsumenten in Europa mit ihrem Kaufverhalten entscheidenden Einfluss darauf nehmen, ob Menschenrechte, faire Löhne, angemessene Arbeitsbedingungen und Umweltstandards in einer globalisierten Welt der Arbeitsprozesse überall eingehalten werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich die von der OWG vorgeschlagenen 17 SDGs und ihren universellen Charakter. Die Ziele spiegeln die komplexen globalen Heraus-

forderungen wider und dürfen im Zuge der noch bis Ende September anstehenden Verhandlungen nicht aufgeweicht werden. Die SDGs können das Leben der zukünftigen Generationen entscheidend beeinflussen. Daher dürfen wir nicht, aus welchen Gründen auch immer, hinter unseren derzeitigen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten zurückbleiben.

## BILDUNG

### **Koalitionsantrag zum 5. Nationalen Bildungsbericht verabschiedet**

Der Nationale Bildungsbericht beschreibt Erfolge und Defizite in allen wichtigen bildungspolitischen Handlungsfeldern, von der frühkindlichen Bildung über die schulische und berufliche Bildung bis zur beruflichen Weiterbildung. Schwerpunkt des 5. Berichts 2014 war das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts greift ein Antrag der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD auf (Drs. 18/3546), der an diesem Donnerstagabend vom Bundestag beschlossen wurde.

Der Bundestag begrüßt die bildungspolitischen Erfolge der jüngeren Vergangenheit, wie etwa die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Kita-Ausbau, die verstärkte Förderung für das „Haus der kleinen Forscher“, die neu gestartete Initiative „Chance Beruf“ sowie den Ausbau der Berufseinstiegsbegleitung und der Berufsorientierung.

Gleichzeitig fordern die Parlamentarier die Bundesregierung unter anderem auf,

- die Bildungsforschung auszubauen, da sie wichtige Beiträge zum Erreichen der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention in der Bildung leisten kann.
- die Situation der Beschäftigten im Bildungssystem zu verbessern, da erst eine verstärkte Qualifizierung des Personals die Erreichung eines inklusiven Bildungssystems ermöglicht.
- einen regelmäßigen Fachkongress zur Inklusion einzurichten.
- über die Kultusministerkonferenz einen Entwicklungsplan für inklusive Bildungseinrichtungen aufzustellen sowie die Nutzung digitaler Medien zur Verbesserung des Bildungszugangs für Menschen mit Behinderungen zu prüfen.
- die Initiative „Bildungsketten“ fortzuführen, die Schülerinnen und Schüler dabei unterstützt, den Übergang von der Schule in den Beruf zu schaffen. Insbesondere sollen die regional arbeitenden Jugendberufsagenturen gestärkt werden.
- Bildungschancen im Bereich Inklusion und Migration ausbauen

Klar ist: Die Bildungschancen im gemeinsamen Leben und Lernen für jeden Menschen, ob mit oder ohne Handicaps, schrittweise zu fördern, ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Ausschussarbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, machte bei seiner Rede im Bundestag deutlich, dass dieses „Recht auf eine Bildungsperspektive“ auch für andere „Verschiedenheiten“ gelten müsse, nämlich auch für junge wie ältere Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Im Namen der SPD-Fraktion unterstütze er es daher, dass sich der nächste Nationale Bildungsbericht erneut mit dem Schwerpunkt Bildung und Migration befassen wird. „Zehn Jahre nach dem Bericht von 2006 ist es an der Zeit, sich auf die positiven Bildungspotentiale von Migration zu konzentrieren“, forderte Rossmann.

Die Bildungspolitik stehe aktuell in der Verantwortung, vor allen Dingen auch die Bildungsbedürfnisse von Flüchtlingskindern und -jugendlichen ernsthaft aufzunehmen sowie auch für Erwachsene mit Migrationshintergrund mehr Teilhabe und Sprachausbildung zu

ermöglichen. „Bildung als Chance muss wirklich für alle gelten, also auch für Flüchtlinge“, appellierte Rossmann an das Plenum.

## **Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche verbessert**

Mit der Assistierten Ausbildung, die am Donnerstag im Bundestag verabschiedet worden ist, schafft die Koalition bessere Ausbildungschancen für rund 10.000 Jugendliche – und zwar im Betrieb.

Bisher habe auf dem Ausbildungsmarkt ein Förderinstrument gefehlt, das lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche eine Ausbildung in einem regulären Betrieb ermöglichen, sagte der zuständige SPD-Berichtersteller, Michael Gerdes. Das heißt auch, sie lernen ihren Beruf in der betrieblichen Praxis des ersten Arbeitsmarktes sowie durch den Besuch einer Berufsschule. Unter Assistierter Ausbildung ist zu verstehen, dass fachlich und sozialpädagogisch geschulte Assistenten Jugendliche in die Betriebe begleiten. Sie stehen dort auch Arbeitgeberinnen und -gebern als Ansprechpartner zur Seite.

Dank der SPD-Bundestagsfraktion konnte die Zielgruppe ausgeweitet werden. Das bedeutet, dass künftig auch Jugendliche, die aufgrund besonderer Lebensumstände eine betriebliche Ausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder abschließen können, von der Assistierten Ausbildung profitieren.

Mit der Umsetzung der Assistierten Ausbildung und der Ausweitung der Zielgruppe für ausbildungsbegleitende Hilfen setzen die Koalitionsfraktionen einen Beschluss der Allianz für Aus- und Weiterbildung und eine Empfehlung des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit um. Sie wird bereits für das kommende Ausbildungsjahr 2015/16 zur Verfügung stehen.

### **SOZIALES**

## **Ghetto-Renten auch in Polen auszahlen**

Nach der Änderung des Ghetto-Rentengesetzes im vergangenen Jahr ist nun die Auszahlung an Betroffene auch in Polen möglich. Hierfür hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam mit Vertretern des polnischen Arbeitsministeriums ein Abkommen geschlossen. Der Bundestag hat das dafür notwendige Gesetz (Drs.18/3787, 18/4051) am 26. Februar 2015 beschlossen.

„Mit diesem Abkommen zwischen Deutschland und Polen ist es endlich möglich, Ghetto-Renten künftig auch an in Polen lebende ehemalige Ghetto-Arbeiterinnen und -Arbeiter auszuzahlen“, sagte Kerstin Griese (SPD), Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales. Das Arbeits- und Sozialministerium habe in den vergangenen Monaten gemeinsam mit Vertretern des polnischen Arbeitsministeriums eine Regelung entwickelt, die diese Auszahlung möglich mache. Am 5. Dezember 2014 hatten Deutschland und Polen das Abkommen unterzeichnet. Anlässlich der Debatte am Donnerstag im Bundestag war der polnische Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium, Minister Marek Bucior, aus Polen angereist. Erst im Juni vergangenen Jahres hatte der Bundestag mit einer Änderung des 2002 beschlossenen Ghetto-Rentengesetzes die rückwirkende Auszahlung von Ghetto-Rentenanträgen ab 1997 ermöglicht. Das Antragsverfahren war zuvor so restriktiv, dass bis 2009 rund 90 Prozent der Anträge abgelehnt wurden. Die rückwirkende Auszahlung gilt für Ghetto-Renteberechtigte weltweit. Nur für in Polen lebende Ghettoarbeiterinnen und -arbeiter

war diese Möglichkeit aufgrund des deutsch-polnischen Sozialabkommens von 1975 bislang nicht möglich. Im Zuge der Gesetzesänderung ist dieses Abkommen nun gemeinsam geändert worden.

Bis jetzt sind insgesamt etwa 55.600 Anträge bewilligt worden. Für die ehemaligen Ghetto-Arbeiterinnen und -arbeiter ist die Zahlung von Ghetto-Renten von 1997 an eine Frage der Gerechtigkeit, die nun auch für in Polen lebende Betroffene geklärt ist. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass es jetzt zu dieser Regelung gekommen ist, die den hochbetagten Betroffenen hilft. „Es ist gut, dass die Zahlung der Ghetto-Renten jetzt auch bei den Menschen, die in Polen leben, ankommt“, sagte die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese.

## SOZIALES

### Meldeverfahren in der sozialen Sicherung vereinfachen

Die Große Koalition will mit den Änderungen des Vierten Buches Sozialgesetzbuch sowie weiterer Gesetze (Drs.18/3699, 18/4114) vor allem das Meldeverfahren in den Sozialversicherungen verbessern. Der Bundestag hat am 27. Februar den Gesetzentwurf in 2./3. Lesung beschlossen.

„Von der Wiege bis zur Bahre – Formulare, Formulare“, dieses Zitat beschreibe den Druck von Bürokratie auf den Menschen, sagte die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion, Gabriele Hiller-Ohm bereits zur 1. Lesung des Gesetzentwurfes am 15. Januar 2015.

Beispielgebend dafür sei das Formular, das die Krankenversicherung an Eltern versende, deren Kinder volljährig sind und noch zur Schule gehen, eine Ausbildung absolvieren oder studieren. „Dafür muss ich dann die Bescheinigungen beibringen und nachweisen, was meine Kinder mit ihren Jobs verdienen“, berichtete Hiller-Ohm. Sie weiß davon zu berichten, wie viel Aufwand es bedeutet, die entsprechenden Nachmeldungen bei den Sozialversicherungsträgern wie Krankenkassen oder gesetzlicher Rentenversicherung vorzunehmen. Deshalb begrüße die SPD-Fraktion, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nun überbordende Bürokratie abbauen werde. Das zeige erneut, die Koalition redet nicht nur – sie handelt.

Ziel des Gesetzentwurfes ist es, den administrativen Aufwand für die soziale Sicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verringern sowie Unternehmen und Behörden bei ihren Aufgaben zu entlasten. Unter anderem sollen Bescheinigungsdaten künftig elektronisch an die Rentenversicherung übertragen werden können. Durch die Änderung von Definitionen sollen zudem die elektronischen Meldeverfahren rechtssicherer werden. Zudem werden das Waisenrentenrecht an das Steuer- und Kindergeldrecht angeglichen sowie die Einkommensanrechnung vereinfacht.

Das 5. SGB IV-Änderungsgesetz hat die SPD-Bundestagsfraktion als so genanntes Omnibus-Gesetz genutzt, um mehrere Anliegen umzusetzen.

## GESUNDHEIT

### Pille danach rezeptfrei

Endlich wird die „Pille danach“ für Frauen und Mädchen auch in Deutschland aus der Rezeptpflicht entlassen. Das hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen (Drs. 18/4114). Das heißt: Frau und Mädchen können nach einer Verhütungspanne in die nächste Apotheke gehen, sich beraten lassen und das Medikament sofort kaufen. Der unnötige Zeitverlust durch Wege zu Arztpraxen oder Krankenhausrettungsstellen entfällt damit.

„Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt diese längst überfällige Entscheidung der Bundesregierung sehr“, erklärte dazu die zuständige Berichterstatterin Mechthild Rawert. Damit werde deutlich: Frauen in Deutschland wollen und können hinsichtlich ihrer reproduktiven und sexuellen Rechte selbstbestimmt entscheiden – so, wie es für Frauen in 78 anderen Staaten längst usus ist.

Für Frauen vor dem vollendeten 20. Lebensjahr gilt nun auch die Kostenerstattung für die „Pille danach“ wie bei der Anti-Babypille. Wer die Kosten erstattet haben will, muss in der Apotheke ein Rezept vorlegen. Verzichtet Frau auf eine Kostenerstattung, erhält sie die „Pille danach“ nach Beratung gegen Barzahlung in der Apotheke. Damit existiere nun die Wahlfreiheit, für die sich die SPD seit vielen einsetze, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Hilde Mattheis.

Anlass dafür, die Rezeptfreiheit auch in Deutschland einzuführen, war die Freigabe von Ulipristalacetat durch die Europäische Kommission am 7. Januar 2015. In der letzten Legislaturperiode hatte die SPD-Fraktion bereits mit einem Antrag zur Freigabe der „Pille danach“ die parlamentarische Debatte initiiert. Dieses Ziel hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in der Großen Koalition stets im Blick.

## KOALITIONSVORHABEN

### Ergebnisse des Koalitionsausschusses

Am Dienstagabend hat im Bundeskanzleramt der so genannte Koalitionsausschuss getagt. Ihm gehören die Partei- und Fraktionschefs an sowie assoziiert die Generalsekretäre bzw. -sekretärinnen und die Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen. Das Treffen des Ausschusses in dieser Woche hat gezeigt: Die Koalition behält ihr hohes Tempo bei – und die SPD-Bundestagsfraktion bleibt die treibende Kraft.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich bei der Mietpreisbremse durchgesetzt: Die **Mietpreisbremse** wird in der kommenden Woche im Deutschen Bundestag ohne weitere Änderungen am Gesetzentwurf beschlossen. Damit gehören Mietsteigerungen von 30 oder 40 Prozent bei Neuvermietungen in einigen Ballungsräumen der Vergangenheit an. In den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten darf die Miete bei Wiedervermietung höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzüglich zehn Prozent angehoben werden. Und ohne Ausnahme wird in Zukunft derjenige den Makler zahlen, der ihn bestellt. Damit können die Vermieter die Kosten für Makler nicht mehr auf die Mieter abwälzen, wenn sie den Makler bestellen.

Mit der Mietpreisbremse verhindert die Koalition, dass auch Menschen mit normalen Einkommen zunehmend aus ihren angestammten Wohnvierteln verdrängt werden. Wohnen in guten Wohnlagen darf nicht zum Luxusgut werden, ansonsten droht die soziale Spaltung unserer Städte. Es ist gut, dass die Mietpreisbremse jetzt schnell kommt, damit Mieterinnen und Mieter nicht länger exorbitante Preissteigerungen in Kauf nehmen müssen.

In der nächsten Woche wird der Bundestag jedoch nicht nur die Mietpreisbremse, sondern auch die **Frauenquote** beschließen. Im Koalitionsausschuss bestand zudem Einvernehmen, dass laufende Gesetzesvorhaben wie die Tarifeinheit oder die Reform des Insolvenzrechts zügig abgeschlossen werden. Zudem soll der schon lange vorliegende Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums auf den Weg gebracht werden, mit dem eine ganze Reihe rechtlicher Diskriminierungen eingetragener Lebenspartnerschaften beseitigt werden.

#### **Keine Änderungen beim Mindestlohn**

Für die SPD-Fraktion ist weiterhin klar: Am Mindestlohn wird nicht gerüttelt! Es wird mit uns keine Aufweichung des Mindestlohns geben, auch keine heimliche Aushebelung durch die Hintertür. Tatsache ist: Wer sich gegen wirksame Kontrollen ausspricht, kämpft in Wahrheit gegen den flächendeckenden Mindestlohn und nicht gegen eine angeblich unangemessene Bürokratie.

Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) unterstützt alle Branchen und Unternehmen, die bei der Umsetzung des Mindestlohns noch Fragen oder Unsicherheiten haben. Für Vertragsamateure in Sportvereinen hat sie diese Woche zusammen mit den Spitzenorganisationen im Sport klargestellt, dass Ehrenamtliche sowie Amateur- und Vertragssportler nicht unter das Mindestlohngesetz fallen.

Das Bundesarbeitsministerium wird außerdem eine **Bestandsaufnahme** erstellen, ob in der praktischen Anwendung des Mindestlohns weitere Probleme bestehen. Andrea Nahles ist hierzu im engen Dialog mit den Sozialpartnern. Der Koalitionsausschuss wird sich dann Ende April auf eine gemeinsame Bewertung verständigen.

#### **Bayerische Blockade bei Energiewende**

Bei den Handelsabkommen **TTIP und CETA** hat der Koalitionsausschuss Sigmar Gabriels Position für einen modernen und transparenten Investitionsschutz unterstützt. Das gibt dem Wirtschaftsminister Rückenwind im Werben für eine Reform der Investor-Staats-Schiedsgerichte auf europäischer Ebene.

Ärgerlich ist dagegen die fortdauernde **Blockade der Energiewende** durch Bayern, die auch der Koalitionsausschuss nicht auflösen konnte. Über eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung konnte im Koalitionsausschuss keine Einigung erzielt werden. Deshalb wird das Wirtschaftsministerium jetzt vorangehen und die Zuschussprogramme der KfW für die energetische Sanierung erhöhen.

Auch die **Blockade des Netzausbaus** verzögert die Energiewende. Das ist zum Schaden der eigenen Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen, die die höheren Kosten einer eigenen, teureren Strompreiszone in Süddeutschland tragen müssten. Es wäre absurd, wenn wir für 23 Milliarden Euro im Jahr Erneuerbare Energien fördern und den grünen Strom dann nicht zu den süddeutschen Nachfragezentren transportieren könnten.

Im Koalitionsausschuss wurde vereinbart, die Energiethemen bis zum Sommer zu klären. Die Hoffnung ist, dass die Union bis dahin ihren internen Streit um den Netzausbau löst.

Ungeachtet dessen: Die Koalition arbeitet in Berlin sehr erfolgreich - und das wird sich in den nächsten Wochen fortsetzen. Mietpreisbremse und Frauenquote machen klar: Die SPD-Fraktion setzt ihre Versprechen in der Koalition um und macht Deutschland wirtschaftlich stärker und sozial gerechter.

## VERANSTALTUNGEN

### SPD-Fraktion feiert Internationalen Frauentag 2015

Im Vorfeld des Internationalen Frauentags hat die SPD-Bundestagsfraktion am 25. Februar gemeinsam mit Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig und weiteren Expertinnen und Experten über Erfolge, Erwartungen und Herausforderungen sozialdemokratischer Frauen- und Gleichstellungspolitik diskutiert. Eingeladen hatten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Carola Reimann und der familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix.

Der Internationale Frauentag am 8. März 2015 wird ein historischer sein, denn er ist der letzte Frauentag ohne Frauenquote, stellte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann bereits in seiner Begrüßungsrede klar und erntete von den rund 350 Gästen des Frauentagempfangs großen Beifall. Die gesetzliche Quote sei „eine Grundsatzentscheidung“, betonte Oppermann. Die feste 30-Prozent-Vorgabe gilt in der Wirtschaft für die Aufsichtsräte von großen Unternehmen mit Börsennotierung und voller Mitbestimmung. Die betreffenden Frauen werden für andere Frauen Vorbilder sein und zudem den Beweis erbringen, dass hochqualifizierte Frauen für die Führungspositionen gesucht und gefunden werden können, prophezeite Oppermann.

Der deutsche Mittelstand sei hier schon weiter und bräuchte für einen Kulturwandel noch nicht einmal eine gesetzliche Quote, erklärte die Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen (VdU) Stephanie Bschorr. Fachkräftemangel und der demografische Wandel seien schon angekommen. „Wir müssen schon heute sehr attraktiv sein, um qualifiziertes Personal zu bekommen“, berichtete Bschorr.

#### Der lange Weg zur Frauenquote

Blickt man zurück, wird deutlich, welch ein enormer Kraftakt dem heutigen Gesetzentwurf zur Quote vorausging. Niemand weiß das besser als die ehemalige Bundesfrauenministerin Christine Bergmann, die berichtete, wie sie mit großer Mühe in der rot-grünen Regierung 1998 einen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz auf den Weg brachte. „Es wurde als Zumutung empfunden“, erinnerte sich Bergmann. Umgesetzt wurde lediglich die freiwillige Selbstverpflichtung für Unternehmen, mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten zu beschäftigen. Umso mehr freue sie sich heute, dass die Diskussion inzwischen „breit in der Gesellschaft angekommen“ ist und nun eine gesetzliche Quote kommt.

Für ihre Nachfolgerin im Bundesfamilienministerium war das Einführen einer freiwilligen Selbstverpflichtung allerdings ein wichtiger Baustein auf dem Weg zum Gesetz. „Das ist heute für mich Gold wert“, sagte Manuela Schwesig. Nach fünf Bilanzierungen konnte sie nachweisen, dass der Versuch, auf Freiwilligkeit zu setzen, gescheitert ist. „Ich bin sehr dankbar, dass Viele den Weg zur Frauenquote bereitet haben“, betonte Schwesig, denn: „Man steht mit seiner Arbeit auf den Schultern der anderen.“ Und ohne Solidarität auch über Fraktionsgrenzen hinweg wäre das zu verabschiedende Gesetz kaum möglich gewesen. Ihr Dank ging daher auch an die anwesende Monika Schulz-Strelow, einer Mitinitiatorin der „Berliner Erklärung“. Auch diese parteiübergreifende, alle Fraktionen umfassende Initiative für mehr gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Entscheidungsgremien der deutschen Wirtschaft habe dem Gesetz zum Erfolg verholfen.

#### Arbeitsverteilung und Zeitsouveränität bleiben Ziele

In der von der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Carola Reimann moderierten Gesprächsrunde „Mehr Zeit für andere und für sich“ stand das Thema Zeitpolitik im Vordergrund. Mit ihrer Frage, wie wir Arbeit anders verteilen, um Beruf und Familie für Frauen und Männer besser zu vereinbaren, treffe Manuela Schwesig einen gesellschaftspolitischen Nerv, meinte Christiane Benner, Vorstandsmitglied bei der Gewerkschaft IG Metall. Einer Studie der IG-Metall zu Folge, wollen Frauen gerne etwas mehr, Männer gerne etwas weniger arbeiten. Für Benner auch ein Plädoyer für „lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung“, in

der auch Teilzeitarbeit, die bislang überwiegend von Frauen ausgeübt wird, kein „Karriereblocker“ mehr sei. Benner lobte in diesem Zusammenhang das von der SPD-Fraktion bereits durchgesetzte ElterngeldPlus, das für die Teilzeitarbeit während der Elternzeit Anreize schafft.

Für ihre Unternehmerinnen sei es zudem „ein tolles Ziel, wenn das Ehegattensplitting abgeschafft würde“, betonte Stephanie Bschorr. Als zentrales Instrument bewerteten die Podiumsteilnehmerinnen auch den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten.

Sönke Rix, frauenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte in seinem Schlusswort, dass einiges aus den Diskussionen des Abends mitgenommen werden könne. Diese offenen Debatten, so Rix weiter, müssen – gemeinsam mit Frauen und Männern – intensiv weitergeführt werden.

*Fotos vom Frauentagsempfang 2015 gibt es auf Flickr:*

<https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157648715637634/>

## **SPD-Freihandelskonferenz: Gabriel schlägt Handelsgerichtshof für TTIP vor**

Gemeinsam mit der Partei hat die SPD-Bundestagsfraktion am Montagnachmittag im Willy-Brandt-Haus eine große Konferenz zum Thema transatlantischer Freihandel veranstaltet. Viele Menschen sehen die geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP skeptisch. Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sagte in seiner Rede, dass es noch nie ein so großes Interesse in Deutschland an Handelspolitik gegeben habe. Dem wollten die Sozialdemokraten Rechnung tragen.

Das Atrium des Willy-Brandt-Hauses war bis auf den letzten Platz gefüllt, alle Treppen besetzt mit Zuhörern. Hunderte Menschen waren am Montagnachmittag in die SPD-Parteizentrale gekommen, um der Konferenz „Transatlantischer Freihandel – Chancen und Risiken“ beizuwohnen. Tausende Menschen verfolgten die Veranstaltung über den Livestream auf der Website der Fraktion und diskutierten in den sozialen Netzwerken mit.

Thomas Oppermann bezeichnete das Interesse an den Freihandelsabkommen CETA (EU und Kanada) und TTIP (EU und USA) als „Ausdruck eines neuen demokratischen Wunsches nach Mitbestimmung“.

Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström war gekommen, um über den Stand der Verhandlungen bei TTIP und die Hintergründe zu informieren. Malmström betonte vor allem die Vorteile für deutsche Unternehmen, wenn TTIP und CETA in Kraft treten. Sie signalisierte Gesprächsbereitschaft bei Fragen zu den umstrittenen Investor-Staat-Schiedsverfahren. Außerdem kündigte sie mehr Transparenz bei den Verhandlungen mit den USA an. Unter den Gästen waren viele SPD-Bundestagsabgeordnete, etliche Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft, darunter der Präsident des DIHK Eric Schweitzer sowie DGB-Chef Reiner Hoffmann.

### **Hearings mit Experten zu verschiedenen Bereichen**

In verschiedenen Panels diskutierten Politikerinnen, Politiker und Wirtschaftsvertreter über verschiedene politische Aspekte der Handelsabkommen.



Panel 1 mit Gabriel, Malmström sowie Hoffmann, Schweitzer und Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschusses im EU-Parlament, beschäftigte sich mit Fragen zu Arbeit und Wirtschaft. SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil moderierte.

Panel 2 mit Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig, Franz C. Mayer von der Universität Bielefeld, Wilhelm Segerath, Konzernbetriebsratsvorsitzender bei ThyssenKrupp, sowie Carl Martin Welcker, Gesellschafter der Alfred Schütte GmbH ging den Themen Wirtschaft und Investorenschutz nach. SPD-Fraktionsgeschäftsführerin Christine Lambrecht moderierte.

Panel 3 mit Klaus Müller vom Bundesverband Verbraucherzentralen, Rupert Schlegelmilch, Direktor bei der Generaldirektion Handel der EU-Kommission, Klaus Seitz von Brot für die Welt und Ute Vogt, SPD-Fraktionsvizin, diskutierten unter dem Eindruck von TTIP und CETA über Ernährung und Verbraucherschutz. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Axel Schäfer moderierte.

Das letzte Panel spürte den Themen Kultur und öffentliche Dienstleistungen nach. Daran nahmen als Diskutanten Marco Düerkop, Kommissionsverhandlungsführer für Dienstleistungen bei TTIP, Eva Högl, SPD-Fraktionsvizin, Detlef Raphael, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, und Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, teil. Siegmund Ehrmann, Vorsitzender des Kulturausschusses im Bundestag, moderierte.

In allen Hearings wurden Fragen des Publikums erörtert, sodass ein unmittelbarer Einbezug des Publikums stattfand.

#### **TTIP-Verhandlungen in unserem Sinne gestalten**

CETA wird frühestens Ende 2015 beschlossen, TTIP Ende 2016. Zwar ist CETA ausgehandelt, dennoch bestehen Chancen, einige Dinge im Sinne der EU nachzujustieren. Und letztlich, erklärte Oppermann, seien beide Abkommen so genannte „gemischte Abkommen“, bei denen eine Zustimmung des Deutschen Bundestages nötig sei.

Oppermann warb dafür, gerade bei TTIP die Verhandlungen in „unserem Sinne zu gestalten“, denn Deutschland sei wie kein anderes Land auf Exporthandel angewiesen. Für ihn sind TTIP und CETA nicht nur Handelsabkommen, sondern „Friedensprojekte“, die zudem Wohlstand schaffen.

Oppermann machte – ebenso wie die übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer – deutlich, dass Arbeitnehmerstandards nicht abgesenkt würden, auch keine Umweltstandards oder Verbraucherregelungen.

#### **Kein Angriff auf bestehende Regeln**

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel war erfreut über die vielen Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu den Freihandelsabkommen, die in der SPD-Parteizentrale eingegangen waren. Darin zeige sich, dass viele Menschen ernsthafte Sorgen hätten, diese Abkommen könnten europäische Standards absenken oder die Demokratie einschränken. Gabriel beruhigte: Mit TTIP werde kein Binnenmarkt geschaffen, es existiere kein Angriff auf bestehende Regeln, und es würden auch keine Standards unter Druck gesetzt. „Wir brauchen die Abkommen, wenn wir Regeln für die Globalisierung durchsetzen wollen“, sagte Gabriel. Es gehe darum, wer die Standards für die Zukunft setze. Denn: „TTIP kann das Vorbild für eine globale Handelsarchitektur sein“.

Dabei müsse klar werden, ob Europa eine aktive oder passive Rolle einnehme. „Die Chancen für uns sind nicht zu übersehen“, so der SPD-Parteichef.

### **Wie mit Schiedsgerichten umgehen?**

Gabriel ging insbesondere auf die Vorbehalte gegen die so genannten Investor-Staat-Schiedsgerichte ein. Viele Menschen sehen darin die Gefahr, dass öffentliche Gerichte umgangen werden und Staaten vor diesen privaten Schiedsgerichten in Milliardenhöhe verklagt werden könnten.

Gabriel schlug ein öffentlich-rechtliches Handels- und Schiedsgericht vor, dem nur Berufsrichter und Wissenschaftler aus einem begrenzten Pool angehören – also keine Anwälte. Außerdem müsse sichergestellt werden, dass ausländische Investoren nicht bessergestellt würden als inländische, erklärte Gabriel. Vor allem bei TTIP könnte solch ein Handelsgerichtshof Realität werden. Handelskommissarin Malmström nannte Gabriels Vorstoße eine „gute Idee“. Auch Bernd Lange vom EU-Parlament war positiv angefallen.

Vizekanzler Gabriel machte darauf aufmerksam, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die Gewinner der Freihandelsabkommen seien, da sie dann besser in den USA und Kanada investieren könnten. Die großen multinationalen Konzerne dagegen bräuchten die Abkommen nicht, denn „die haben schon heute keine Schwierigkeiten“. Gabriel versicherte am Ende seiner Rede: „Es darf keinen Zweifel am Primat der Politik geben“.

## **FRAKTIONSVORSITZENDER**

### **Einwanderung in Deutschland modernisieren**

Um den Wohlstand zu sichern, ist Deutschland auf Einwanderung angewiesen - und benötigt ein modernes Einwanderungsrecht. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hat sich in Kanada über das dortige Einwanderungssystem informiert.

In den nächsten zehn Jahren wird die erwerbsfähige Bevölkerung in Deutschland um sechs bis sieben Millionen Menschen zurückgehen. Diese Lücke kann nicht allein dadurch geschlossen werden, dass mehr Frauen Vollzeit arbeiten und Bildungsschwache nachqualifiziert werden. Deutschland wird zur Sicherung seines Wohlstandes und sozialen Sicherheit deshalb auch auf eine nachhaltige Einwanderung qualifizierter Fachkräfte angewiesen sein. Ohne Zuwanderung sind die Folgen einer alternden, schrumpfenden Bevölkerung nicht zu bewältigen; der Sozialstaat wäre kaum mehr finanzierbar.

Was also ist zu tun? Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine breite Debatte in Deutschland über die Einwanderung. Dabei müssten soziale Konflikte vermieden und die Gewerkschaften eingebunden werden. Kurzum: Deutschland muss sich offen als Einwanderungsgesellschaft bekennen.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Thomas Oppermann hat das Thema Zuwanderung zu einem der wichtigsten Vorhaben der Politik erklärt. Er halte eine Reform des Einwanderungsrechts für „die entscheidende Zukunftsfrage der nächsten 15 Jahre“, sagte Oppermann vor Journalisten in Berlin.

#### **Kanada ist Vorbild für gelungene Einwanderungspolitik**

Unter den klassischen Einwanderungsländern gilt Kanada international als Vorbild für eine gelungene Einwanderungspolitik. Es verfügt über eine jahrzehntelange Erfahrung in der Anwerbung und erfolgreichen Integration von qualifizierten Einwanderern.

Thomas Oppermann flog deshalb nun nach Kanada, um sich über die Hintergründe und Instrumente der kanadischen Einwanderungspolitik in Toronto und Ottawa aus erster Hand zu informieren. Zu Beginn seines Aufenthaltes traf Oppermann den kanadischen

Einwanderungsminister Chris Alexander der über die jüngste, erst seit Anfang 2015 geltende Reform, das Express Entry System, berichtete. Das ist ein vollständig elektronisches Bewerbungssystem der kanadischen Einwanderungsbehörde CIC. Damit soll die Verfahrensdauer für die Bearbeitung eines Antrags auf Daueraufenthaltsgenehmigung (Permanent Residence) auf maximal sechs Monate verkürzt werden (früher oft zwei Jahre und mehr). Im Kern geht es also um eine Priorisierung der Antragsbearbeitung.

#### **Flexibles Punktesystem möglich**

Oppermann sagte, er hege große Sympathie für ein flexibles Punktesystem, das könne er sich „auch für Deutschland vorstellen“. Zugleich müssten aber alle heimischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Dazu gehört laut Oppermann zwingend die Nachqualifizierung junger Menschen in Deutschland und die Erhöhung von Frauenerwerbstätigkeit.

Dem Termin mit Minister Chris Alexander schlossen sich Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der kanadischen Einwanderungsbehörde und mit NGOs (Nichtregierungsorganisationen) an, die sich mit Hilfe von Freiwilligen der konkreten Alltagsprobleme von Einwanderern und ihren Familien annehmen.

Beeindruckt zeigte sich Thomas Oppermann von den Berichten und persönlichen Erfahrungen früherer Immigrantinnen und Immigranten aus Russland, Rumänien, Kenia und Deutschland, die vor allem die Offenheit der kanadischen Gesellschaft betonten. Sowohl in der Bevölkerung wie in der Politik gebe es einen breiten Konsens über die Notwendigkeit und Vorzüge von Einwanderung.

Es hat sich gezeigt, dass – trotz der politischen, kulturellen und geografischen Unterschiede - Deutschland in Sachen Einwanderung und Integration viel von Kanada lernen kann. Vor allem, wenn es darum geht, Einwanderung effizient, nachfrageorientiert, sozial ausgewogen und transparent zu organisieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird in Kürze ein Positionspapier zur Modernisierung des Einwanderungsrechts vorlegen.

#### **Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>